ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in:* *Radosawa Stomporowski*

Tagesordnungspunkt: *TOP 7 Antragsberatungen*

A4: Eine neue Rüstungspolitik in Deutschland: Maßnahmen, um die Versorgung der Streitkräfte zu gewährleisten

Antragstext

Die Möglichkeit eines Sieges von Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen im November geben Anlass zur Sorge bezüglich der Stabilität der Sicherheitsgarantien der USA. In dieser Situation ist ein Umdenken erforderlich, das auch in der Rüstungsindustrie relevant ist. Deutschland, Europa und der Rest der Welt wird von einem Paradigmenwechsel im Rüstungssektor betroffen sein.

Dabei gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen Deutschlands militärischen Aufgaben und Herausforderungen sowie seiner industriellen Fähigkeit. Diese Diskrepanz muss die Politik durch eine gezielte Entwicklung der industriellen Landschaft in Übereinstimmung mit nationalen Zielen neu bestimmen. Dabei muss die Bundesregierung drei Schwerpunkte im Blick haben: 1.) die Ziele zu identifizieren und im Vergleich zu anderen priorisieren, 2.) die Instrumente der Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik zentral zu koordinieren und steuern, und 3.) dafür ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Der Staat zeigt sich aufgrund seiner mangelnden Ressourcen als unzuverlässiger Partner für die Wirtschaft der Rüstungsindustrie. Obwohl wir einen Mangel in vielen Bereichen haben, ist der Verteidigungsetat im laufenden Haushaltsjahr bereits überfüllt und neue Vereinbarungen mit der Branche nicht mehr möglich. Da die Industrie aus eigenen wirtschaftlichen die staatlichen Planungen antizipieren muss und nicht auf Vorrat produzieren darf, werden Arbeitskräfte und andere Produktionsmittel nicht ausgebaut. So schafft der Staat falsche Signale: die Industrie wird weiterhin nicht im erforderlichen Umfang produzieren, es werden nicht genutzte Lieferketten zusammenbrechen, Preisangebote verfallen und Produktionsanlagen stillgelegt oder für andere Kunden genutzt. Das kann sich die Bundesrepublik Deutschland nicht leisten.

In den kommenden zehn Jahren wird festgelegt, wie viele grundlegende

Veränderungen durchgeführt werden müssen, um die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten und die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken. Die deutsche Sicherheitspolitik muss daher insgesamt dringend verbessert werden. Wir schlagen vor, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen und den Parlamenten eine sicherheitspolitische Dekade ausruft um einen neuen sicherheitspolitischen Rahmen zu schaffen, um Deutschland auf mögliche geopolitische Konflikte vorzubereiten. Wir brauchen einen strategischen und zeitlichen Rahmen, um unsere Verteidigungsfähigkeit sowie die erforderliche Unterstützung der Ukraine neu zu bestimmen. Eine strategische Einbindung der Ministerien, Parlamente, des Rechnungshofes und Expert*innen würde die Aufgaben in der gemeinsamen Perspektive Ausgaben des Staates betrachten und bewerten und über die Legislaturperiode hinaus erweitern.

Die Schwierigkeiten im Verteidigungsbudget symbolisieren eine strukturelle Unterfinanzierung - ein Programm zur Investition in die Sicherheit Deutschlands ist notwendig

Staat und Rüstungsindustrie benötigen dafür einen Rechtsrahmen, der Rechtssicherheit im Graubereich zwischen Krieg und Frieden schafft und den Zugang zu Ressourcen erleichtert. Es ist wichtig, dass die Herstellung von Rüstungen in Deutschland und anderen Ländern angemessen gestaltet, skalierbar und zeitlich begrenzt ist. Es ist auch ratsam, dass EU-Regulierungen wie REACH und ESG entweder generelle Ausnahmen oder längere Anwendungsfristen haben. Vorbilder sind das Defense Production Act der USA oder die strategischen Partnerschaften mit der Industrie Finnlands. Falls Deutschland ähnliche Maßnahmen ergreifen würde, würde dies auch in Richtung Moskau ein bedeutendes Signal darstellen.

Integrierte Steuerung: Um ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen, muss der Staat die Instrumente der Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik miteinander verzahnen und zentral steuern. Das Parlament muss dabei die Kontrolle behalten.

Der Staat sollte bei der Ausstattung der Bundeswehr auf erfahrene Systeme zurückgreifen, die schnell in großen Mengen hergestellt werden können. Normalerweise sind die technologischen Fähigkeiten bereits vorhandener Waffensysteme ausreichend, um gegen ein Land wie Russland zu bestehen. Trotzdem ist es möglich und erforderlich, sie schrittweise zu verbessern. Im Kontext einer GASP wäre die EU sinnvoll einzubinden, da sie derzeit nur eine begrenzte Rolle in der Neugestaltung des Rüstungssektors spielt. Sie kann beispielsweise NATO-Planungsprioritäten übernehmen oder die Harmonisierung der Anforderungen erleichtern.

Wenn Deutschland seine Rüstungsindustrie durch die vorgeschlagenen Reformen ertüchtigt, erschließt es sich auch auf dem Weltmarkt neue Chancen. Eine

stärkere Position auf dem globalen Markt könnte es Deutschland ermöglichen, weitere Staaten in das deutsche und westliche Industriesystem einzubinden oder der deutschen Industrie durch den Verkauf von Rüstungsgütern zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für den angestrebten Kapazitätsausbau zu verschaffen.